

# Allgemeine Zeitung

MAINZ · RHEINHESSEN



## Biontech wächst in Afrika

Mitgründerin Özlem Türeci über das neue Impfstoff-Werk in Ruanda. ► HINTERGRUND

## Wenn Krisen die Klassen erreichen

Corona, Krieg, Ahrflut, Tod: Über die Arbeit von Schulseelsorgerinnen. ► RHEINHESSEN

1 G 1112 A | Nr. 295 | 173. Jahrgang | VRM, Postfach 3120, 55021 Mainz

www.allgemeine-zeitung.de

Dienstag, 19. Dezember 2023 Preis: 3,00 Euro

### WETTER

Viele Wolken  
6°  
1°



Südwestwind  
► FERNSEHEN / WETTER

### Sieben Tage Fernsehen

Das TV-Programm auf einen Blick in der



► RTV

### HEUTE

Der Weg zu einer fairen internationalen Gesundheitsarchitektur ist kein Kurzstreckenlauf, sondern ein Team-Marathon.

Außenministerin Annalena Baerbock angesichts der Eröffnung der ersten Impfstoff-Produktionsstätte von Biontech in Afrika

► HINTERGRUND

### Früh übt sich, wer mitbestimmen will

Diskussion um das Wahlalter ab 16 Jahren: Jugendliche in Berlin können politisch auf Landesebene bald mitbestimmen. Wie sieht es im Bund und in anderen Bundesländern aus?

► MEINUNG & ANALYSE

### Bayern München trifft auf Lazio Rom

Unterschiedliche Fußball-Begeisterung nach der Auslosung des Achtelfinals der Champions League. Während der deutsche Rekordmeister mit Lazio eine dankbare Aufgabe gezogen hat, kommt es für Borussia Dortmund zum Wiedersehen mit dem niederländischen Spitzenreiter PSV Eindhoven. RB Leipzig trifft gar auf Rekordsieger Real Madrid. In der Conference League spielt Eintracht Frankfurt gegen den belgischen Vertreter Royal Union Saint-Gilloise.

► SPORT

### Vegane Ernährung ist gut fürs Herz

Laut einer Studie mit eineiigen Zwillingspaaren verbessert eine vegane Ernährung die Herz-Kreislauf-Gesundheit in nur acht Wochen.

► AUS ALLER WELT

### KONTAKT

Abo-Service:  
Online: www.vrm-abo.de/aboservice  
täglich 24h verfügbar  
Telefon: 061 31/48 49 50  
Mo. – Fr. 7 – 18 Uhr, Sa. 7 – 12 Uhr  
Privatanzeigen: 061 31/48 48  
Online: www.vrm-anna.de  
Redaktion:  
Fax: 061 31/48 58 48  
E-Mail: az@vrm.de

www.facebook.com/allgemeinezeitung

Wir sind VRM

## Tempo fürs Grün gefordert

Grünachsen in der Stadt sollen die Lebensqualität steigern. Der Stadtrat hat vor einem Jahr entsprechende Maßnahmen beschlossen. Der Bürgerinitiative MainzZero geht's zu langsam. Ihre Petition zur schnelleren Umsetzung ist jetzt auf der Zielgeraden. ► MAINZ

Foto: Veliana Despodova (Architects4Future)



## Haushalt: Die Ampel streitet wieder

Immer mehr Vertreter der Regierungskoalition rücken vom erzielten Kompromiss ab

BERLIN (dpa). Die Einigung der Ampel-Partner SPD, Grüne und FDP in der Haushaltskrise ist noch keine Woche alt – und schon stellen Vertreter aller drei Seiten mühselig erungene Kompromisse wieder infrage. Regierungssprecher Steffen Hebestreit beschwichtigte am Montag: Er sehe wenig „Änderungswillen“ innerhalb der Bundesregierung. Die Details würden im Augenblick noch vom Finanzministerium federführend geklärt. „Aber die allgemeine Einigung und auch die grundsätzliche Stoßrichtung bleiben.“ Vorbehalte würden geprüft. „Aber die Regierung ist fest entschlossen, die Einigung vom Mittwoch umzusetzen.“ Kanzler Olaf Scholz (SPD), Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) hatten sich vergangene Woche darauf geeinigt, wie nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Milliardenlöcher im Bundeshaushalt für 2024 sowie im Klima- und Transformationsfonds gestopft werden.

Habeck warnte davor, den Kompromiss aufzukündigen. „Wenn jetzt einzelne Streben herausgezogen werden, ohne neue einzusetzen, fällt die Gesamtlösung in sich zusammen. Das heißt, wer an einer Stelle Änderungen wünscht, muss eine abgestimmte und für alle Seiten tragfähige Gegenfinanzierung anbieten.“ Die Regierung könne es sich nicht leisten, keine Antwort zu geben, der Haushalt müsse

gemacht werden. An den „Streben“ wird in der Tat bereits eifrig gezerrt. SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese möchte den Haushaltskompromiss in den Bundestagsberatungen noch einmal aufschneüren und nachverhandeln. Dabei geht es vor allem um das abrupte Ende der E-Auto-Kaufförderung und der Steuervergünstigung für Agrardiesel. Er betonte zudem, den Haushalt stelle der Bundestag auf. „Und

darum werden wir uns sämtliche Vorschläge jetzt auf der Strecke anschauen, bis dann Ende Januar der Bundeshaushalt 2024 final unter Dach und Fach gebracht werden soll.“ Von Agrarminister Cem Özdemir (Grüne) kam heftige Kritik an den Plänen zur Streichung von Steuervergünstigungen für Landwirte. Beim Agrardiesel gebe es keine Alternativen für Bauern. Er habe Finanzminister Lindner alternative Sparvorschläge gemacht. CDU-Chef Friedrich Merz sprach in diesem Zusammenhang von Steuererhöhungen und kündigte an, die Union werde sich „mit großem Nachdruck dafür einsetzen, dass diese (...) nicht kommen werden.“

SPD-Chef Lars Klingbeil schlug eine Ausweitung der Pendlerpauschale vor. „Ich bin dafür, dass wir die Debatte darüber führen, sie anzuhören und dafür zu sorgen, dass die arbeitende Bevölkerung entlastet wird.“ Beim Haushaltskompromiss der Ampel-Koalition sei klar: „Da sind Belastungen für die arbeitende

Mitte drin. Da bin ich auch nicht glücklich darüber.“ Die Pendlerpauschale wird bei der Berechnung der Einkommensteuer für die einfache Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz abgezogen. Sie beträgt 30 Cent pro Kilometer, ab dem 21. Kilometer 38 Cent.

Da sind Belastungen für die arbeitende Mitte drin. Da bin ich auch nicht glücklich darüber.

SPD-Chef Lars Klingbeil

Für Irritationen sorgte das am Wochenende mitgeteilte abrupte Aus der Förderung von Elektroautos. Mit Ablauf des Sonntags konnten keine neuen Anträge mehr gestellt werden. Bereits zugesagte Förderungen sind nicht betroffen und werden gezahlt. Anträge werden in der Reihenfolge ihres Eingangs weiterbearbeitet. Wer ein Auto gekauft, aber noch keine Förderung beantragt hat, geht leer aus.



Der Kauf von Elektroautos wurde bislang gefördert. Am Wochenende stellte das Wirtschaftsministerium die Möglichkeit, Anträge zu stellen, abrupt ein. Foto: dpa

## Bauern machen mobil

Gleich doppelt sollen Landwirte von Sparplänen betroffen sein: Zwei Steuervergünstigungen fallen weg

BERLIN (dpa). Aus Protest gegen die vorgesehene Streichung von Steuervergünstigungen haben Tausende Landwirte am Montag gegen die Bundesregierung mobil gemacht. „Wir nehmen das nicht hin“, rief Bauernpräsident Joachim Rukwied bei einer Kundgebung in Berlin. Ein Aus für Regelungen zu Agrardiesel und für die Kfz-Steuerbefreiung sei „eine Kampfansage“, und diese nehme man an. An der Demonstration am Brandenburger Tor nahmen laut Veranstalter 8000

bis 10.000 Menschen teil, mehr als 3000 Traktoren rollten in die Hauptstadt. Rukwied drohte für Januar bereits größere Proteste an, wenn die „unzumutbaren Vorschläge“ nicht komplett zurückgenommen würden. „Dann werden wir ab 8. Januar überall präsent sein in einer Art und Weise, wie es das Land noch nicht erlebt hat.“ Mit den Koalitionsplänen würde die Branche pro Jahr mit einer Milliarde Euro zusätzlich belastet. „Es reicht, zu viel ist zu viel.“

Agrarminister Cem Özdemir (Grüne) äußerte Verständnis für den Unmut und stellte weitere Beratungen in der Regierung in Aussicht. Er sagte bei der Kundgebung: „Ich weiß, dass Sie mit einer Riesenwut hier nach Berlin gekommen sind.“ Es sei klar, dass nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts mehr gespart werden müsse – aber eben nicht überproportional in der Landwirtschaft. „Ich halte nichts von den Streichungen in diesem Umfang. Deshalb kämpfe ich im Kabi-

nett dafür, dass es in dieser Härte nicht kommt.“ Bisher können sich Höfe die Energiesteuer für Diesel teilweise zurückerstatten lassen. Dabei beträgt die Vergütung 21,48 Cent pro Liter – der Steuersatz für Agrardiesel liegt dann also bei 25,56 Cent pro Liter im Vergleich zum vollen Steuersatz von 47,04 Cent. Anträge auf Erstattung müssen Betriebe bei der Zollverwaltung stellen. Zudem sind land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge bislang von der Kfz-Steuer befreit.



Zu Hunderten protestieren Landwirte am Montag mit ihren Schleppern und Maschinen in Berlin. Foto: dpa

## Israel lotet Option zur Befreiung von Geiseln aus

GAZA/TELAVIV (dpa). Während die Kämpfe mit der islamistischen Hamas im Gazastreifen erbittert weitergehen, lotet Israel neue Verhandlungen über die Freilassung von Geiseln aus. Mossad-Chef David Barnea berate mit CIA-Direktor William Burns und dem katarischen Ministerpräsidenten Abdulrahman Al Thani in Warschau, meldete die Zeitung „Haaretz“ am Montag. In einer Feuerpause Ende November ließ die Hamas 105 Geiseln frei, Israel im Gegenzug 240 palästinensische Häftlinge. Ob eine neue Vereinbarung zustande kommt, ist offen.

Bei israelischen Luftangriffen im Norden des Gazastreifens wurden nach Angaben der von der Hamas kontrollierten Gesundheitsbehörde mindestens 110 Menschen getötet. Im Stadtteil Dschabalia wurde nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auch das Kamal-Adwan-Krankenhaus weitgehend zerstört. Mindestens acht Patienten, darunter ein neunjähriges Kind, seien gestorben, schrieb WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus auf der Plattform X.

### „Wassermangel so gefährlich wie Bombardierung“

Ärzte ohne Grenzen kritisieren, da viele Menschen keinen Zugang zum Internet hätten, erfahre nicht jeder von den Anforderungen zur Evakuierung. Kein Ort in dem Küstengebiet sei sicher, sagte Mitarbeiter Ricardo Martinez. Er warnte zudem vor den Auswirkungen des Wassermangels: „Ich bin mir ziemlich sicher, dass er auf lange Sicht genauso gefährlich wie die Bombardierungen sein und ebenso viele Menschen töten könnte.“ Das Wassersystem sei zusammengebrochen.

Immerhin: Erstmals seit Beginn des Gaza-Kriegs am 7. Oktober ist ein Transportschiff mit rund 80 Tonnen Hilfsgütern für die Zivilbevölkerung Gazas von Zypern aus Richtung Gaza unterwegs.



KOMMENTAR



## Schön, aber ...

Michael Bermeitinger  
Zu MainzZero

michael.bermeitinger@vrm.de

Wer möchte das nicht? Straßen mit Bäumen, Rasen, Blumen und Gebüsch, überall summt es, Vögel zwitschern und vielleicht gibt es noch einen Wasserlauf. Klar, das ist eine Utopie, mancher mag sich darüber lustig machen, weil so etwas schwer vorstellbar ist, gerade in der Innenstadt. Aber Visionen für eine lebenswertere Stadt müssen denk- und diskutierbar sein. MainzZero hat diese Vision, doch jetzt kommt das große Aber. Das Mainzer Straßensystem ist nicht beliebig veränderbar, es ist ein - noch - halbwegs funktionierendes System, das verschiedenen Bedarfen dient. Mobilität ist für viele Grundvoraussetzung für den Beruf, für Teilhabe, auch für den familiären Alltag, und all das lässt sich nur begrenzt mit Lastenrad oder ÖPNV bewältigen, sondern oft nur per Auto. Deshalb ist nicht Eile das Wichtigste, wie es MainzZero propagiert, sondern sorgsame Planung, wo was möglich ist. Wie wird der Verkehr geleitet, wie schafft man Ausgleich für gestrichene Parkplätze? 6000 Stimmen für die Petition sind ordentlich, aber in einer Stadt mit über 200.000 Einwohnern wären auch 10.000 kein Freifahrtsschein. Niemand sollte überrollt, sondern viele mitgenommen werden. Wenn MainzZero Druck macht, schafft das nur Widerstand und zerstört auch die schönste Vision.

BLAULICHT

## Familienstreit eskaliert zu Schlägerei

MAINZ (ale). In der Neustadt ist es am späten Freitagabend zu einem heftigen Familienstreit gekommen, der in eine gewalttätige Auseinandersetzung mündete. Die Polizei wurde gegen 23.24 Uhr zum Emausweg gerufen, nachdem Berichte über eine Schlägerei eingegangen waren. Bei Eintreffen fand sie etwa 20 Personen vor, die offenbar in einen Konflikt verwickelt waren – ersten Ermittlungen zufolge um einen Streit zwischen zwei

Familien, der außer Kontrolle geriet. Bei der gewalttätigen Auseinandersetzung wurden drei Personen leicht verletzt. Die Polizei untersucht derzeit, ob bei dem Vorfall auch Hieb- und Stichwaffen eingesetzt wurden. Zwei Hauptverdächtige, 32 und 34 Jahre alt, beide aus Mainz, wurden vor Ort identifiziert und nach polizeilichen Maßnahmen wieder entlassen. Gegen beide wird nun wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt.

AUF EINEN BLICK

## Neue Suche nach Vorstand

MAINZ (ber). Drei Wochen, nachdem der designierte Wissenschaftliche Vorstand der Unimedizin, der Jenaer Professor Thomas Kamradt, abgesagt hat, beschloss nun der Aufsichtsrat, das Amt neu auszu-schreiben, so Staatssekretär und Aufsichtsratschef Dr. Denis Alt auf Anfrage. Die Ausschreibung hat eine kurze Laufdauer, um die Vakanz zwischen dem Ausscheiden von Amtsinhaber Professor Förstermann und dem Neustart kurz zuhalten. Im September hatte das Wissenschaftsministerium die Erneuerung des UM-Vorstands verkündet. Das war nötig ge-

worden, weil der umstrittene Kaufmann zurückgetreten war, beim Vorstandschef Professor Norbert Pfeiffer und dem Wissenschaftlichen Vorstand Professor Ulrich Förstermann der Ruhestand ansteht. Für Pfeiffer kommt zum 1. Januar der Chef der Helios-Kliniken Wiesbaden, Professor Ralf Kiesslich, Kamradt sollte Förstermann folgen. Amtsantritt sollte zum 1. April sein, dann sagte er aber „aus persönlichen Gründen“ Ende November ab. Es war aber bald klar, dass Kamradt die anstehende Mainzer Berufung wohl genutzt hatte, um in Jena bessere Bedingungen zu erhalten.

MOGUNTINUS

## O Tannenbaum

Während ich diese Zeilen tippe, schmücken Sohnemann und Göttergatte im Wohnzimmer den „O Tannenbaum“. Wie im Lied. Das hat der Sohnemann gerade gelernt und jetzt gibt's Tannenbaum halt nur noch mit „O“. „O Tannenbaum schmückt, O Tannenbaum Lichter an macht, O Tannenbaum umwerft“... Unsere Krippenbewohner hat der Sohnemann auch alle „umwerft“. Zum Schlafen. Damit „Kasper, Milch und Trallala“ (jaaa, der hat bei uns auch gedauert...) heute mit dem Baby (Jesus!) spielen können. So schön freut der Kleine sich auf Weihnachten, das wollten wir stolzen Eltern natürlich direkt Oma und Opa vorführen. „O Tannenbaum“ per Videocall. Die Mama fängt an mit „O Tannenbaum...“, der Kleine steigt ein mit „Häbbi Börsdej...“ - kurz Stille in der Leitung, da rettet der Opa: „...lieber Jeeeeeuuuuuu...“ Weihnachten mit Kind... man muss halt flexibel sein.

# Planung für Grünachsen zu langsam?

Bürgerinitiative MainzZero fordert mehr Tempo nach Stadtratsbeschluss vor einem Jahr

Von Lilli Braun

MAINZ. Die Straße ist mit Bäumen gesäumt, es wachsen Büsche und Blumenwiesen für Arten- und Biodiversität. Bänke und Wasserbrunnen sorgen für Abkühlung und eine höhere Aufenthaltsqualität. Was wie eine Utopie erscheint, hat der Mainzer Stadtrat vor etwa einem Jahr als Sofortmaßnahme beschlossen: Es soll mehr Grünachsen in den Mainzer Stadtteilen geben. Seitdem sei zu wenig passiert, findet die Mainzer Bürgerinitiative „MainzZero“. Im Mai dieses Jahres hat die Initiative deshalb eine Petition gestartet, die mehr Grün in der Stadt fordert. Mit etwa 6000 Unterschriften geht die Petition nun in die letzte Runde. Deshalb hatten die Beteiligten für Sonntag zu einer Infoveranstaltung eingeladen, mit Hintergründen, Forderungen und den neuesten Entwicklungen der Petition.

## Fünf Grünachsen pro Jahr durch Bürgerbeteiligung

Grünachsen sind laut MainzZero entsiegelte und begrünte, verkehrsberuhigte Straßenzüge, in denen der Autoverkehr minimiert ist und stattdessen Fuß- und Fahrradverkehr dominiert. „Masterplan 100% Klimaschutz“ heißt der Maßnahmenkatalog, in dem der Mainzer Stadtrat diese Grünachsen im November 2022 hoch priorisiert hatte. MainzZero hat in ihrer Petition einen Zeitplan erarbeitet, der Grünachsen bis Ende 2026 in jedem Stadtteil vorsieht, ermöglicht mithilfe von Bürgerbeteiligung. Schon im nächsten Jahr sollen dadurch geeignete Straßenzüge für Grünachsen gefunden werden. „Interessengruppen können Vorschläge machen, welche Straßen als Grünachsen genommen werden und mit fachlichen Behörden diskutieren, was möglich



In der Mombacher Straße sehen die Pläne der Bürgerinitiative beispielsweise eine veränderte Verkehrsführung vor. Foto: Tim Würz (Archiv)

ist und was nicht“, sagt Marcel Weloe von MainzZero. 2025 sollen dann Konzepte erstellt werden, wie die Straßenzüge bepflanzt und entsiegelt werden können. Die Konzepte sollen dann innerhalb von zwei Jahren umgesetzt werden, fünf Grünachsen strebt MainzZero pro Jahr an. Priorität sollen Altstadt und Neustadt erhalten. Aufgrund ihrer dichten Bebauung sind die Stadtteile besonders von Hitzetagen und tropischen Nächten betroffen. „Den hohen Bedarf sieht man auch an den Unterschriften. Die meisten kommen aus der Alt- und

Neustadt“, sagt Weloe. Die Grünachsen können laut MainzZero aber nur dann geschaffen werden, wenn die Bürgerbeteiligung in den einzelnen Stadtteilen anlaufe, bisher sei die Stadt aber nicht auf die Ortsbeiräte zugegangen. „Da fragt man sich schon, warum die Stadt solche Beschlüsse fasst“, sagt Weloe. Dass Bürgerbeteiligung funktionieren kann, zeigen drei Bürgerinitiativen (BI) aus den Stadtteilen Hartenberg/Münchfeld, Mombach und Finthen, die ihre Forderungen bei der Infoveranstaltung vorgestellt haben. Alle

drei setzen sich für Altbestandsbäume ein, die bei Bauarbeiten gefällt werden sollen. Über die Bau- und Baumfällarbeiten in der Mombacher Straße und die geplanten Fällungen von 142 Altbestandsbäumen auf dem Gelände der Mombacher Lemmenschule hat diese Zeitung bereits berichtet. Aber auch auf dem Gelände der Peter-Härtling-Schule in Finthen sind Bäume durch einen geplanten Neubau gefährdet. Alle BI haben Konzepte zu alternativen Bauplänen erarbeitet. In der Mombacher Straße sind Planungen für die Erneuerung in-

zwischen gestoppt und auch die BI Lemmenschule hat zumindest mündliche Zusagen, dass der Bauablauf anders gestaltet werden soll. Die Petition von MainzZero kann noch bis zum 31. Dezember unterschrieben werden. Im Januar werden die Unterschriften dann mit einer Kundgebung an Oberbürgermeister Nino Haase übergeben. ► KOMMENTAR

www.openpetition.de/petition/blog/gruenachsen-in-jedem-mainzer-stadtteil#petition-mainz

# Kita sucht neues Zuhause

Elternverein Burg Unibunt muss Standort verlassen / Offen für alle Optionen – von der Miete bis zum eigenen Bau

Von Pauline Woff

GONSENHEIM. Sigga Speit ist seit zwei Jahren Teil des Elternvorstandes der Elterninitiative „Burg Unibunt“. Mit einem besonderen Anliegen hat sie sich bei dieser Zeitung gemeldet. In eineinhalb Jahren soll das Gebäude der Kita in Gonsenheim abgerissen werden, um Raum für ein Großbauprojekt zu schaffen. Geplant sind mehrere Wohneinheiten und eine Kita, die Platz für 80 bis 100 Kinder haben soll. „Das Problem ist nicht, dass unsere Kinder in keinen anderen Kitas unterkommen, sondern, dass dann unser Verein, der seit über 40 Jahren besteht, aufgelöst wird. Dieses familiäre und enge Miteinander ist etwas ganz Besonderes, das wir nicht verlieren wollen“, beschreibt Sigga Speit, die selbst Mutter eines Kitakindes ist, die Elterninitiative.

Denn die Kita in Gonsenheim unterscheidet sich von herkömmlichen Kitas. Hier können Eltern mehr Einfluss auf das pädagogische Konzept der Kita nehmen und werden in unterschiedliche Aufgaben eingebunden. Unter anderem werden alle Einkäufe, Hausmeisterdienste oder Feste von den Eltern geplant und erledigt. In enger Zusammenarbeit mit fünf Fachkräften, einer Köchin und einer Putz-



25 Kinder zwischen zwei und sechs Jahren werden in der Kita Burg Unibunt in Gonsenheim betreut. Der Verein, der die Kita betreibt, sucht neue Räumlichkeiten. Foto: Stefan Sämmer/hbz

„Dieses familiäre und enge Miteinander ist etwas ganz Besonderes, das wir nicht verlieren wollen.“

Sigga Speit, Mitglied des Vereins Burg Unibunt

kraft, können hier 25 Kinder im Alter von zwei bis sechs Jahren unterkommen. Der Außenbereich auf dem 180 Quadratmeter großen Grundstück wird von den Kindern bei jedem Wetter genutzt. „Um diese Initiative finanzieren zu können, erhalten wir Zuschüsse von der Stadt Mainz. Diese sind aber nicht kostendeckend, weshalb wir auf Beiträge der Eltern angewiesen sind“, merkt die zweifache Mutter an.

Schon seit Sommer dieses Jahres suchen die Eltern und Kita-Verantwortlichen nach einer neuen Bleibe für die Kita, jedoch ohne Erfolg. Ein Objekt zum Mieten, wie beispielsweise ein Wohnhaus, oder eine Immobilie zum Kauf, kämen für sie infrage. Aber auch ein unbebautes Grundstück, auf dem sie eine Container-Kita bauen könnten, sei eine Option, sagt Speit. Vor zwölf Jahren stand der Verein vor derselben Heraus-

KONTAKT

► Burg Unibunt – Elterninitiative Kindertagesstätte in Mainz-Gonsenheim, Telefon: 06131-41140, E-Mail: info@burg-unibunt.de, Internet: www.kita-unibunt.de

forderung wie heute. Zu dem Zeitpunkt befand sich die Gonsenheimer Kita noch in der alten Kaserne in der Canisiusstraße. Aufgrund von Sanierungsarbeiten musste die Elterninitiative damals nach einem anderen Gebäude suchen und meldete sich bei der dieser Zeitung. Ein Leser wurde darauf aufmerksam und stellte sein Haus zur Miete für die Kita bereit. „Alle Eltern haben damals beim Umzug und beim Umbau des Gebäudes mitgeholfen“ berichtet Tanja Galco, die Leiterin der Kindertagesstätte. Heute hoffen die Eltern und Kita-Verantwortlichen, dass ihnen wieder jemand helfen wird, eine Unterkunft zu finden. Genauso wie vor zwölf Jahren. „Falls sich jemand unsicher ist, ob sich sein Objekt anbietet, soll er sich einfach bei uns melden. Die Kontaktdaten sind auf unserer Homepage zu finden. Wir sind dankbar für jeden Tipp und offen für verschiedene Optionen“, sagt Sigga Speit.